

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**15.12.2015**

Ausschussbetreuender Bereich

**BM-13/ Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden**

Schriftführung

**Herr Kredelbach**

Telefon-Nr.

**02202-142668**

## Niederschrift

### Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

**Sitzung am Mittwoch, 18.11.2015**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 17:37 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

**Keine**

### Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## Tagesordnung

### Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 24.06.2015 - öffentlicher Teil -  
0449/2015**
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden - öffentlicher Teil -**

- 5**      **Mitteilungen des Bürgermeisters - öffentlicher Teil -**
  
- 6**      **Anregung vom 16.07.2015 zur Schaffung einer Verbindungsstraße zwischen der  
Stadtmitte von Bergisch Gladbach und dem ehemaligen Merheimer Kreuz**  
*0447/2015*
  
- 7**      **Anregung vom 28.08.2015, zwischen Refrath und der Stadtmitte eine Straßenbahn-  
linie zu realisieren**  
*0448/2015*
  
- 8**      **Beschwerde vom 11.09.2015 gegen die Schließzeiten des Kleinspielfeldes an der In-  
tergrierten Gesamtschule Paffrath**  
*0393/2015*
  
- 9**      **Anregung vom 28.08.2015, in der Tempo 30-Zone in Herkenrath regelmäßig und  
dauerhaft Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen**  
*0376/2015*
  
- 10**     **Anregung vom 14.10.2015 zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Victor Orbán**  
*0450/2015*
  
- 11**     **Anregung vom 28.07.2015, zu gegebenen Anlässen eine Regenbogenfahne am Rat-  
haus zu hissen**  
*0366/2015*
  
- 12**     **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil -**

**N Nichtöffentlicher Teil**

**1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung  
- nichtöffentlicher Teil -**

**2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden - nichtöffentlicher Teil -**

**3 Mitteilung des Bürgermeisters - nichtöffentlicher Teil -;  
hier: Mitteilungen über Namen und Anschriften der Petenten für die Sitzung des  
Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 18.11.2015  
0490/2015**

**4 Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil -**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Steinbüchel, beginnt die Sitzung mit einer Schweigeminute für die Opfer der Terroranschläge in Paris vom 13.11.2015.

Danach benennt er als Grundlage für die heutige Sitzung die Einladung vom 06.11.2015 mit den dazugehörigen Vorlagen und erläutert für die anwesenden Petenten das Verfahren.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 24.06.2015 - öffentlicher Teil - 0449/2015

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### 4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden - öffentlicher Teil -

Herr Steinbüchel verweist auf die bereits terminierten drei Sitzungen für 2016, die den Mitgliedern des Ausschusses über den neuen Sitzungskalender bereits bekannt gegeben wurden.

Im Anschluss informiert er über eine bereits zurückgezogene Anregung nach § 24 GO NRW, die auf die Bereitstellung einer gebührenreduzierten Restmülltonne zu Gunsten von Familien mit neu-geborenen Kindern abstellte. Ein Eingehen auf die Anregung sei gebührenrechtlich nicht möglich, weshalb eine Behandlung des Vorgangs in der heutigen Sitzung keine Erfolgsaussichten gehabt hätte.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters - öffentlicher Teil -

Es gibt keine Mitteilungen.

#### 6. Anregung vom 16.07.2015 zur Schaffung einer Verbindungsstraße zwischen der Stadtmitte von Bergisch Gladbach und dem ehemaligen Merheimer Kreuz 0447/2015

Herr Galley schlägt vor, die Anregung vor dem Hintergrund zurückzuweisen, dass die Realisierung der vorgeschlagenen Straße völlig illusorisch sei und ein ähnlicher Antrag der FDP- Fraktion erst kürzlich durch das zuständige Ratsgremium abgelehnt wurde.

Frau Bähler schließt sich diesem Vorschlag an.

Herr Jeroch wünscht eine Überweisung der Anregung in den zuständigen Fachausschuss, um dort über sie entscheiden zu lassen.

Herr Voßler wünscht ebenfalls eine Zurückweisung der Anregung.

Herr Berger unterstützt die Anregung und möchte eine Behandlung im zuständigen Fachausschuss.

Sodann lehnt der Ausschuss eine Überweisung der Anregung in den zuständigen Fachausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP und DIE LINKE ab.

Danach fasst der Ausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP und DIE LINKE folgenden **Beschluss:**

1. **Die Anregung wird zurückgewiesen.**
2. **Das Verfahren zur Anregung wird abgeschlossen.**

7. **Anregung vom 28.08.2015, zwischen Refrath und der Stadtmitte eine Straßenbahnlinie zu realisieren**  
*0448/2015*

Herr Voßler merkt an, dass eine Realisierung des vorgeschlagenen Projekts den städtischen Schuldenstand um etwa 50 Prozent erhöhen würde. Der Anregung könne daher nicht näher getreten werden.

Frau Bähler und Herr Galley schlagen vor, die Anregung zurückzuweisen.

Sodann fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

1. **Die Anregung wird zurückgewiesen.**
2. **Das Verfahren zur Anregung wird abgeschlossen.**

8. **Beschwerde vom 11.09.2015 gegen die Schließzeiten des Kleinspielfeldes an der Integrierten Gesamtschule Paffrath**  
*0393/2015*

Frau Bähler weist darauf hin, dass eine Anfrage ihres Fraktionskollegen Außendorf inhaltlich entgegen den Ausführungen der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt beantwortet wurde. Man habe daher noch Klärungsbedarf und wünsche eine Überweisung des Vorgangs in den zuständigen Fachausschuss.

Dem schließt sich Herr Krasniqi an. Da in der Nähe Flüchtlinge untergebracht werden sollten, könne der dann eingesetzte Sicherheitsdienst das Kleinspielfeld mit kontrollieren und auf diese Weise einer Vielzahl von Kindern und Jugendlichen der Umgebung eine Nutzung ermöglicht werden.

Herr Honrath weist ebenfalls auf die Notwendigkeit hin, das Kleinspielfeld als Spielmöglichkeit für alle Kinder aus der Umgebung einschließlich der Flüchtlingskinder bereitzuhalten. Allerdings dürfe dies nicht in eine 24- Stunden- Tätigkeit der Hausmeister der Integrierten Gesamtschule (IGP) führen.

Herr Voßler schließt sich einer Überweisung in den Fachausschuss an.

Verwaltungsmitarbeiter Dekker weist auf die Diskrepanz zwischen der gewünschten allumfassenden Nutzung des Kleinspielfeldes und der Gefahr eines Vandalismus bei einer nicht ausreichenden Überwachung hin. Zur Vermeidung des letzteren müssten Hausmeister mit zusätzlichen Arbeitsstunden eingesetzt werden. Da dies auf Grund der Auslastung dieser Mitarbeiter nicht möglich sei, sei die Überwachung letztlich über zusätzliches Personal zu gewährleisten.

Herr Wagner bittet darum, dem Protokoll dieser Sitzung als Information die derzeitigen Öffnungszeiten des Kleinspielfeldes beizufügen. Auf deren Basis könne dann überlegt werden, ob und inwieweit die Öffnung der Anlage im Sommer ausdehnbar ist.

*( Anmerkung der Verwaltung: Die Öffnungszeiten sind der Niederschrift als Anlage beigelegt )*

Herr Steinbüchel weist darauf hin, dass es dem Petenten vor allem um die Öffnungszeiten an den Wochenenden gehe.

Für Frau Stauer ist jede Form von Sport geeignet, um einem Vandalismus entgegenzuwirken. Vielleicht ließen sich über Fördertöpfe Gelder für ein zusätzliches Sportangebot akquirieren.

Sodann fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Die Anregung wird in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.**
2. **Das Verfahren zur Anregung wird abgeschlossen.**

9. **Anregung vom 28.08.2015, in der Tempo 30-Zone in Herkenrath regelmäßig und dauerhaft Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen**  
0376/2015

Der Petent begründet seine Anregung. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die bestehende Tempo-30-Zone in seinem Wohnbereich mit einer geeigneten Überwachung durchzusetzen. Das der Stadt zur Verfügung stehende Überwachungsfahrzeug sei öfter als bisher einzusetzen, um eine nachhaltige Abschreckungswirkung zu erzielen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer informiert, dass auf dem Asselborner Weg einmal monatlich eine Geschwindigkeitsüberwachung stattfindet. Die letzte sei am 09.11.2015 erfolgt und habe 19 Verstöße gegen die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit ergeben. Eine Überprüfung des Geschwindigkeitsniveaus vom Dezember des vergangenen Jahres mit einem Messgerät habe gezeigt, dass das weitgehend gefahrene Tempo bei 50 km/h liege. Insoweit bestehe tatsächlich Handlungsbedarf. Zukünftig solle versucht werden, Geschwindigkeitsüberwachungen auch in den Straßen Im Fronhof

und Hombacher Weg durchzuführen. Bislang scheitere dies an der derzeitigen Technik der Radargeräte. Im Zuge der Ausschreibung neuer Geräte im kommenden Jahr solle auf lasergestützte Radargeräte umgestellt werden, die dann auch dort eine Überwachung ermöglichen. Zur Zeit sei leider noch ein Abstand des Radargerätes zum eingestellten Meßpunkt von 70 m erforderlich.

Derzeit habe die Stadt lediglich ein Überwachungsfahrzeug, welches für das gesamte Stadtgebiet genutzt werde. Es gebe vor allen an den Hauptverkehrsstraßen Probleme mit überhöhter Geschwindigkeit. Das Fahrzeug könne im vom Petenten gewünschten Bereich nur dann öfter eingesetzt werden, wenn andere wichtige Bereiche vernachlässigt werden. Im Übrigen führe auch die Polizei Geschwindigkeitsüberwachungen durch. Werde eine verstärkte Überwachung gewünscht, so müsse der Fachausschuss dann der Anschaffung eines zweiten Überwachungsfahrzeuges nebst Bereitstellung des notwendigen Personals zustimmen.

Frau Bähler schlägt eine Überweisung des Vorgangs in den zuständigen Fachausschuss vor.

Herr Voßler teilt die Argumentation von Fachbereichsleiter Widdenhöfer. Eine Ausweitung des Engagements der Polizei sei Angelegenheit des Landrats. Vielleicht solle der zuständige Fachausschuss sich tatsächlich mit der Frage der Anschaffung eines weiteren Überwachungsfahrzeuges befassen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer ergänzt, dass die Verwaltung im Rahmen einer geplanten Umstellung ohnehin überlegt habe, die Verkehrsüberwachung künftig nur noch mit eigenem Personal zu gewährleisten. Diese Diskussion stehe für das kommende Jahr wieder an, weshalb die heutige Anregung zur Argumentation mit herangezogen werden könne.

Herr Galley möchte wissen, ob die Aufstellung einer stationären Überwachungsanlage in Form eines Starenkastens sinnvoll sein könnte. Deren Pendant in Refrath habe zu einer signifikanten Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeiten und damit einer Abnahme von Unfällen geführt.

Herr Jeroch merkt an, dass er als Anlieger des Herkenrather Teils des Asselborner Weges bislang keine Geschwindigkeitskontrollen bemerkt habe. Solche würden allerdings im Bereich dieser Straße in Herrenstrunden durchgeführt. Eine Möglichkeit sei auch, durch den Einbau von Bodenschwellen eine Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeiten herbeizuführen. Im Übrigen befürworte seine Fraktion die Anregung.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer erläutert an Hand der für die Aufstellung von stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen einschlägigen Verwaltungsvorschriften, dass sogenannte Starenkästen nur wie folgt zulässig seien:

- für Unfallschwerpunkte, an denen bauliche Veränderungen keine kurzfristige Abhilfe bringen
- bei anderen Gefahrenstellen, die trotz mobiler Geschwindigkeitsüberwachungen unfallauffällig blieben
- bei Gefahrenstellen, an denen die Unfallsituation eine dauerhafte Überwachung erforderten und
- bei unmittelbaren Zugängen zu Schulen.

Er weist darauf hin, dass stationäre Überwachungsanlagen einen nicht unerheblichen Aufwand im Straßenbereich erforderten, dessen Kosten mindestens im fünfstelligen Bereich lägen. Ein solches Anliegen sei in jedem Fall mit der Polizei zu erörtern. Es gebe im Stadtgebiet durchaus Stellen, die

gefährlicher sein und dann ebenfalls eine solche Maßnahme rechtfertigen. Er könne aber durchaus mit der Polizei im Sinne des Vorschlages von Herrn Galley sprechen.

Herr Galley spricht sich sodann ebenfalls für eine Überweisung in den Fachausschuss aus.

Frau Stauer ist der Meinung, dass ein Starenkasten auch eine Entlastung der Polizei darstelle.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer merkt an, dass ortskundige Fahrer in aller Regel den Standort der Anlagen kennen und dort natürlich angepasst fahren. Insoweit reduziere sich der Abschreckungseffekt, weil vor der Anlage abgebremst und nach ihr wieder Gas gegeben werde. Eine mobile Überwachung sei immer noch die effektivste Form der Abschreckung, weil es für sie keinen vorhersehbaren Standort gebe. Das Fahrzeug könne nach Typ, Lackierung und Kennzeichen immer wieder unterschiedlich sein.

Für den Petenten ist nur eine mobile Geschwindigkeitsüberwachung, begleitet von hohen Geldbußen, eine geeignete Form der Abschreckung. Das Fahrzeug müsse dort eingesetzt werden, wo die Kraftfahrzeugfahrer nicht mit ihm rechneten.

Sodann fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Anregung wird in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.**
- 2. Das Verfahren zur Anregung wird abgeschlossen.**

10. **Anregung vom 14.10.2015 zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Victor Orbán**  
*0450/2015*

Frau Bähler wünscht eine Zurückweisung des Antrages.

Sodann fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Anregung wird zurückgewiesen.**
- 2. Das Verfahren zur Anregung wird abgeschlossen.**

11. **Anregung vom 28.07.2015, zu gegebenen Anlässen eine Regenbogenfahne am Rathaus zu hissen**  
*0366/2015*

Verwaltungsmitarbeiter Dekker weist darauf hin, dass der Ausschuss hier nur eine Empfehlung aussprechen könne. Die Angelegenheit falle in die unmittelbare Befugnis des Bürgermeisters, der hier von Fall zu Fall mit Bedacht entscheide.

Herr Galley merkt an, dass seine Fraktion dem Bürgermeister nahe lege, bei geeigneten Anlässen die Regenbogenfahne hissen zu lassen.

Herr Wagner möchte Entscheidungen in diesem Bereich dem Bürgermeister überlassen.



Frau Stauer hält eine Institutionalisierung im Sinne des Antrages für ein geeignetes Zeichen, auf Vielfalt hinzuweisen.

Frau Bähler schließt sich den Ausführungen von Herrn Wagner an und wünscht eine Zurückweisung der Anregung.

Auch Herr Jeroch stimmt den Ausführungen von Herrn Wagner zu und möchte das Hissen der Regenbogenfahne einer jeweiligen Einzelfallentscheidung überlassen.

Nach Auffassung von Herrn Galley ist eine Abstimmung über die Anregung nicht notwendig, da die Anordnungsbefugnis in jedem Fall in den Bereich des Bürgermeisters falle. Im Übrigen habe er den Eindruck, dass Bürgermeister Urbach durchaus offen für positive Entscheidungen in diesem Bereich sei.

Sodann fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Das Verfahren zur Anregung wird abgeschlossen.**

## **12. Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil -**

Es gibt keine Anfragen.

Herr Steinbüchel schließt die öffentliche Sitzung.